

Pressemitteilung

DKG zu den Aussagen des Chefs der Kassenärztlichen Bundesvereinigung

Verharmlosung muss aufhören, reale Lage wird verkannt

Berlin, 18. November 2021 – Rekordwerte bei Neuinfektionen und Inzidenz – in einigen Bundesländern werden jetzt schon die Höchstwerte der intensivpflichtigen COVID-Patienten aus der zweiten und dritten Welle erreicht, und die Zahlen steigen immer weiter. Die Situation spitzt sich für immer mehr Krankenhäuser dramatisch zu. In einigen Bundesländern sind Kliniken bereits überlastet. Wie dramatisch die Situation ist, zeigen auch die Zahlen: In etwa 100 von rund 400 Land- und Stadtkreisen gibt es derzeit maximal noch ein freies Intensivbett für Erwachsene. Regionen mit einem freien Bettenanteil von weniger als zehn Prozent gelten als hoch kritisch. Das sind jetzt schon Berlin, Hessen und Bayern. Nicht umsonst sagt der Krankenhauskoordinator für Sachsen, dass nur ein harter Lockdown von zwei Wochen Sachsen vor einer dramatischen Situation wie Weihnachten 2020 bewahren kann. Diese Stimmen der Praxis müssen beachtet werden. „Die Tatsache, dass heute in 100 von 400 Landkreisen maximal ein, und in 50 Landkreisen gar kein Intensivbett zur Verfügung steht, macht die Dramatik der Lage deutlich. Wenn der oberste Kassenarzt-Chef hier von unnötiger Panikmache spricht, zeigt dies, dass er offensichtlich den Bezug zur realen Lage verloren hat. Wir empfehlen deshalb dringend eine Dienstreise nach Bayern, Sachsen, Thüringen und Baden-Württemberg zu den dort niedergelassenen Ärzten und Krankenhäusern.

Solche Aussagen sind zugleich ein Schlag ins Gesicht der Mitarbeitenden gerade auf den Intensivstationen, die seit nunmehr 20 Monaten im Ausnahmezustand arbeiten. Zudem wissen wir heute schon, dass sich die Zahl der Intensivpatienten in den nächsten Tagen und Wochen immens erhöhen wird. Den weiteren Anstieg in den kommenden Tagen können wir schon heute nicht mehr verhindern, selbst nicht durch den härtesten Lockdown. Wir werden deshalb nicht umhinkommen, die Regelversorgung flächendeckend weiter einzuschränken. Das wird auch für andere

PRESSESTELLE

Joachim **Odenbach**
Telefon +49 30 39801-1020

Holger **Mages**
Telefon +49 30 39801-1022

Dr. Jörn **Wegner**
Telefon +49 30 39801-1023

Rike **Stähler**
Telefon +49 30 39801-1024

SEKRETARIAT
Stephanie **Gervers**
Telefon +49 30 39801-1021

Banu **Öztürk**
Telefon +49 30 39801-1025

Fax +49 30 39801-3021
E-Mail pressestelle@dkgev.de

Wegelystraße 3
10623 Berlin

www.dkgev.de
www.facebook.com/dkgev
www.twitter.com/dkgev
www.dkgev.de/rss2.php
www.youtube.com/user/dkgev

Patienten gravierende Folgen haben. Es geht nicht darum, Panik zu erzeugen. Aber eine dramatische Situation, in der viele Patientinnen und Patienten nicht mehr so versorgt werden können, wie das unser Anspruch ist, muss als solche auch benannt werden. Dem COVID-Patienten in Bayern, der Intensivpflegerin in Thüringen, dem Unfallopfer in Sachsen hilft es wenig, wenn es bundesweite theoretische, rechnerische Kapazitäten gibt“, erklärt Dr. Gerald Gaß, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG).

Die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) ist der Dachverband der Krankenhausträger in Deutschland. Sie vertritt die Interessen der 28 Mitglieder – 16 Landesverbände und 12 Spitzenverbände – in der Bundes- und EU-Politik und nimmt ihr gesetzlich übertragene Aufgaben wahr. Die 1.914 Krankenhäuser versorgen jährlich 19,4 Millionen stationäre Patienten und rund 21 Millionen ambulante Behandlungsfälle mit 1,3 Millionen Mitarbeitern. Bei 97 Milliarden Euro Jahresumsatz in deutschen Krankenhäusern handelt die DKG für einen maßgeblichen Wirtschaftsfaktor im Gesundheitswesen.